



DRUCKSACHE

Betriebszeitung des Gewerkschaftlichen Linksblocks für die Post

Die linke Alternative bei der Arbeiterkammerwahl:

AK-Wahl 2009: GLB - Liste 7!

Als Liste 7 tritt der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) bei der in Wien vom 5. bis 18. Mai 2009 stattfindenden Arbeiterkammerwahl mit 34 KandidatInnen an.

Der GLB sieht seine Kandidatur unter dem Motto „Es ist genug für alle da“ als Beitrag zum Widerstand gegen die Kapitaloffensive auf Kosten sozialer Errungenschaften, gegen die neoliberale Regierungspolitik und die Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen.

Der GLB wendet sich aber auch gegen die sozialpartnerschaftliche Unterordnung von AK und ÖGB unter die EU-konforme Standortpolitik und Budgetsanierung.

Bezeichnende Bilanz

Von 2000 bis 2008 steigerte die Post ihren Gewinn von 39 auf 169 Millionen Euro auf das Vierfache. Gleichzeitig wurde der Personalstand von 30.357 auf 27.002 Beschäftigte um elf Prozent reduziert. Die Zahl der Postämter wurde im gleichen Zeitraum von 2.300 auf 1.330 um gut tausend geschrumpft.

Dahinter steht die EU-weite Politik der Liberalisierung und letztlich Privatisierung der Postdienste zum Nutzen des privaten Kapitals das sich dieser Einrichtungen bemächtigen will.

- Auf der Strecke bleibt nicht nur das mit beinhardter Rationalisierung konfrontierte Personal, sondern auch die öffentliche Infrastruktur durch immer schlechtere Versorgung.

Seine wesentlichsten Forderungen dazu hat der GLB in einer bundesweiten Wahlplattform formuliert.

Das Wahlziel des GLB ist die Sicherung und Stärkung seiner Vertretung in der AK-Vollversammlung, um dort weiterhin als linke Kraft und kritische Opposition zu wirken. Der GLB bekennt sich zur AK als gesetzliche Interessenvertretung der Lohnabhängigen und tritt dafür ein, dass das politische Gewicht der AK ebenso effizient wird wie ihre allgemein anerkannten Servicefunktionen:

„Die AK muss ihr politisches Gewicht ohne faule Kompromisse im Interesse der Lohnabhängigen einsetzen. Daher lehnt der GLB die sozialpartnerschaftliche Ein- und Unterordnung der AK unter die Interessen von Kapital und Regierung ab und weist auch die Angriffe von BZÖ, ÖVP usw. die AK-Umlage als Existenzgrundlage der AK abzuschaffen energisch zurück“, meint Spitzenkandidat Robert Hobek.



Robert Hobek, Jahrgang 1964, ist Zusteller am Postamt 1230 Wien und GLB-Postsprecher. 1998 wurde er erstmals als Vertrauensperson gewählt, 2002 errang der GLB die Mehrheit, seither ist Hobek Vorsitzender des VPA und behauptete 2006 diese Position. Robert Hobek ist GLB-Spitzenkandidat bei der AK-Wahl 2009 in Wien.

Die SPÖ zeigt keine Alternative

Auch wenn die SPÖ in den ihren Oppositionsjahren lautstark gegen die Privatisierungen der Regierung Schüssel lamentiert hat – sie hat sich damit bereits abgefunden und trägt diese letztlich im Zuge ihrer EU-konformen Politik mit. Daher war weder unter Bundeskanzler Gusenbauer noch unter seinem Nachfolger Faymann eine Umkehr zu erwarten.

Die eindeutige Aussage „Es wird keine Privatisierung rückgängig gemacht“ von Gusenbauer schon vor der Nationalratswahl 2002 ist eine nahtlose Fortsetzung des mittlerweile berühmt gewordenen Aussage „Unser Katechismus ist das Aktienrecht“ von Ex-ÖIAG-Chef Rudolf Streicher (SPÖ) zur Privatisierungsbilanz von 1986 bis 2000. Daher verwundert es auch nicht, dass Faymann die Privatisierung von Post, ÖBB usw. forciert.



**Für eine kämpferische Vertretung in der AK!
GLB - Liste 7 - Robert Hobek wählen!**

Zusperrliste ist logische Folge der EU-Liberalisierung

Post in öffentliches Eigentum

Dass Liberalisierung Marke EU in weiterer Folge zur Privatisierung öffentlichen Eigentums und zur Vernichtung wichtiger Infrastrukturleistungen für die Allgemeinheit führt zeigt die jetzt von der teilprivatisierten Post AG vorgelegte Zusperrliste.

Demnach werden 293 (OÖ 65, NÖ 64, Tirol 41, Steiermark 33, Kärnten 30, Vorarlberg 22, Salzburg 21, Burgenland 14) der ohnehin schon auf 1.300 reduzierten Postfilialen – durch eine verzerrte Kostenrechnung als defizitär erklärt – zugesperrt. Die vom Post-Vorstand zur Beschwichtigung angepriesenen 450 „Postpartner“ sind freilich mit Vorsicht zu genießen, handelt der Post-Vorstand doch dabei nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“ und es ist fraglich, ob es diese „Partner“ in einigen Jahren noch gibt.

Die Versprechungen des früheren Infrastrukturministers und jetzigen Bundeskanzlers Werner Faymann (SPÖ) und von Postchef Anton Wais (ebenfalls SPÖ) beim Postgipfel im November 2008 keine weiteren Postämter zu schließen waren Lug und Trug. Die Zerstörung der über Jahrzehnte gewachsenen Post-Infrastruktur geht freilich nicht auf die Auswirkungen der aktuellen Krise, sondern auf bewusste politische Entscheidungen zurück. Österreichs Regierung und Parlament haben auf EU-Ebene der Liberalisierung der Postdienste zugestimmt.

Mit Rückendeckung der Regierung haben für den Post-Vorstand die Dividenden der AktionärInnen

offensichtlich absoluten Vorrang vor den Interessen der Allgemeinheit und der Beschäftigten.

Laut Geschäftsbericht verzeichnete die Post AG 2008 einen Gewinn von 169 Millionen Euro und zahlte eine Dividende von 2,50 Euro pro Aktie aus. Regierung und Vorstand agieren faktisch als Handlanger jener Börsianer, welche durch die Privatisierung kräftig abcashen. Mittlerweile sind bereits 37 Prozent der Post AG im Besitz ausländischer AktionärInnen.



Die Philosophie des Post-Vorstandes:

Dem Aktienrecht verpflichtet...

Aus seinem Herzen macht der amtierende Postchef Rudolf Jettmar keine Mördergrube: Er ist den Aktionären verpflichtet und nicht der Allgemeinheit. Wie die Post den Versorgungsauftrag erfüllt müsse ihr überlassen werden, die Universaldienstverordnung interpretiert sie nach eigenem Ermessen.

Und da widerspricht er nicht einmal der suggestiven Frage, dass es eigentlich logisch wäre alle Postfilialen zuzusperrn, wenn ein Postpartner nur 15.000, eine Filiale aber 65.000 Euro kostet. Dass es sich dabei natürlich um eine sprichwörtliche Milchmädchenrechnung des Postvorstandes handelt bei welcher den Filialen enorme Overhead-Kosten angelastet werden, sei nur am Rande erwähnt.

Vom „erfolgreichen Weg“ seines Vorgängers Wais will Jettmar nicht abweichen. „Die Post ist eine private Gesellschaft“ meint er im „Presse“-Interview, auch der Begriff einer „halbstaatlichen Unternehmens“ missfällt ihm. Und dabei hält er es ganz so wie der frühere SPÖ-Verstaatlichtenminister Rudolf Streicher, der zur Privatisierung der Verstaatlichten meinte „Unser Katechismus ist das Aktienrecht“.

Wie das konkret aussieht zeigen die Bilanzen: Von 2000 bis 2008 stieg der Umsatz um 59 Prozent von 1,53 auf 2,44 Milliarden Euro, der Gewinn hat sich von 39 auf 169 Millionen Euro mehr als vervierfacht, während der Personalstand von 30.357 auf 27.002 um über elf Prozent gesunken ist und die Zahl der Postfilialen von 2.300 auf 1.330 fast halbiert wurde. Der Umsatz pro Beschäftigten hat sich von 50.000 auf über 90.000 Euro fast verdoppelt, soweit zum Thema Leistungsdruck.

Kapitalvertreter haben das Sagen

Im Aufsichtsrat eines staatlichen Unternehmens sollten eigentlich Vertreter der Öffentlichkeit sitzen. Hierzulande zogen allerdings schon unter Kanzler Kreisky Vertreter des Privatkapitals in die Aufsichtsräte der Verstaatlichten ein. Bei der Post AG ist das nicht anders:

Aufsichtsratsvorsitzender **Peter Michaelis** ist Vorstandsdirektor der Privatisierungsholding ÖIAG und wirkte vorher für den deutschen Mannesmann-Konzern. Sein Stellvertreter **Rainer Wieltch** war früher Vorstandsdirektor und ist jetzt Konsulent der ÖIAG, früher war er für die Unternehmensgruppe Egger tätig.

Weiters sind im Aufsichtsrat **Dieter Bock** (Unternehmensberater), **Horst Breitenstein** (Vizekanzler der Wirtschaftsuniversität Wien, früherer Leiter des Arbeitskreises Universitätspolitik der Industriellenvereinigung und im US-Konzern IBM tätig), **Edith Hlawati** (Wiener Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Privatisierung), **Gerhard Roiss** (Stv. Generaldirektor der OMO), **Karl Stoss** (Generaldirektor der Casinos Austria AG, vorher Chef des italienischen Generali-Konzerns, früherer Raiffeisen-Manager) und **Hans Wehsely** (Siemens-Manager und Funktionär des SPÖ-Wirtschaftsverbandes) vertreten.



Robert Hobek bei der Übergabe der GLB-Petition an den damaligen Nationalratspräsidenten Andreas Khol.

GLB-Petition gegen Börseingang

Am 9. November 2005 übergaben Oliver Jonischkeit (ÖGB-Sekretär des GLB), Robert Hobek (GLB-Postsprecher) und Ernst Wieser (GLB-EisenbahnerInnensekretär) an Nationalratspräsident Andreas Khol die Petition des GLB gegen den Börseingang der Post.

Der Wortlaut der Petition: „Die Post ist eine elementare Einrichtung einer funktionierenden Infrastruktur und darf daher nicht privatisiert werden, egal ob durch einen Verkauf oder einen Börsen-

gang. Die Post muss im öffentlichen Eigentum erhalten bleiben. Ein verfassungsmäßiger Schutz des öffentlichen Eigentums ist notwendig.“

Der Weg zum Börseingang im Frühjahr 2006 und damit der Teilprivatisierung begann schon 1996 mit der Ausgliederung der Post aus dem Bundesbudget unter Berufung auf die EU-Richtlinie zur Liberalisierung der Postdienstleistungen und den Auflagen für eine nachhaltige Budgetsanierung.

In der Folge wurde die ehemals einheitliche Post geteilt, die Telekom teilprivatisiert, die PSK verkauft, der Postbus an die ÖBB übertragen und die verbleibende „Gelbe Post“ seit Jahren einer Einsparungswelle nach der anderen unterworfen. Mit einer neuerlichen Reform des Postgesetzes im Jahre 2005 wurde „grünes Licht“ für die endgültige Zerschlagung und Privatisierung gegeben.

GLB schlägt vor

Als die ersten Postämter geschlossen wurden hat GLB-Postsprecher Robert Hobek dem Management vorgeworfen bei der Erweiterung der Angebote im Schalterbereich die Möglichkeit dort auch Reisen zu verkaufen, wie es etwa bei Billa, Hofer usw. schon länger üblich ist, zu versäumen. Jetzt wird ein derartiger Versuch in etwa hundert Postfilialen getestet. Also wieder ein kleiner Erfolg des GLB-Post.

Anerkennung für Hobek

Auch das Wirtschaftsmagazin „trend“ berichtete in der Nummer 3 (März 2009) über die Situation bei der Post und die Scheingefechte zwischen FSG und FCG. Dabei kam auch GLB-Vertreter Robert Hobek zu Wort. Hier ein Auszug:

„Ein Streik“, so Fritz, „ist für die Gewerkschaft das Einfachste überhaupt. Den Leuten eine positive Lösung am Ende zu bieten, die ihnen wirklich etwas bringt, ist viel schwieriger.“ Viele Postler sind da offenbar anderer Ansicht. Durch die Abschiebung in so genannte Jobcenter, willkürliche Versetzungen und die Ankündigung der jüngsten Sparpläne mübe gemacht, plädieren laut einer internen Umfrage der Christgewerkschafter 93 Prozent von ihnen für Kampfmaßnahmen.

„Die Leute sind frustriert und wollen sich nicht mehr durch immer neue Verhandlungen beschwichtigen lassen“, sagt auch Robert Hobek, Personalvertreter in Wien-Liesing. „Bei den Streikaktionen im Dezember sind viele, die vorher bereits aus der Gewerkschaft ausgetreten sind, wieder eingetreten. Aber leider hat sich die Gewerkschaftsführung beschwichtigen lassen und das eigentliche Übel, nämlich die Liberalisierung im Jahr 2011, wieder einmal ausgeklammert.“

Hobek ist nicht irgendein Gewerkschaftsfunktionär, sondern deklariertes Kommunist und Vertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks. Bei den Personalvertretungswahlen im Jahr 2002 war er ausgerechnet im Stammbezirk von Gewerkschaftsboss Fritz angetreten und hatte dort auf Anhieb vier von fünf Mandaten abgeräumt.

Vier Jahre später kassierte er auch noch das letzte verbliebene FSG-Mandat von den Roten. „Die Leute wählen den Herrn Hobek, weil er ehrlich für sie arbeitet“, meint Fritz anerkennend.

Mitmachen im GLB!

Der GLB kandidiert bei der AK-Wahl vom 5. bis 18. Mai 2009. Dazu ersuchen wir um die Unterstützung aller KollegInnen, die an einer ehrlichen Interessenvertretung interessiert sind. Die Mitarbeit beim GLB ist an kein Parteibuch gebunden und kennt nur ein Ziel: Die Rechte der Belegschaft zu verteidigen und Verbesserungen für sie zu erreichen.

Wir begrüßen jeden, der damit einverstanden ist und sich engagieren will. Wir sind über Telefon (+43 664 465 33 83) oder e-Mail (roho64@aon.at) erreichbar und würden uns freuen, ein persönliches Gespräch führen zu können.

Sie kandidieren für den GLB

34 Berufstätige aus verschiedenen Branchen kandidieren für den GLB bei der Arbeiterkammerwahl 2009 in Wien:

- 1, Hobek Robert, 1964, Postamt 1230, VPA-Vorsitzender
- 2, Jonischkeit Oliver, 1965, ÖGB-Sekretär
- 3, Todter Beatrix, 1958, KAV, AK-Rätin, Personalvertreterin
- 4, Harrer Eva, 1954, Wiener Linien, Betriebsrätin
- 5, Gutsch Roman, 1973, Caritas, BRVStv
- 6, Hovorka Magdalena, Fonds Soziales Wien
- 7, Schulz Thomas, 1966, Bundestheater, BRVStv
- 8, Kraut Rita, KAV
- 9, Böhm-Raffay Roman, 1965, Wiener Linien, Personalvertreter
- 10, Farasin Heinz, 1964, Jugend am Werk, Betriebsrat
...und 24 weitere KandidatInnen

Die Post in der Arbeiterkammer

Wiederholt war das „heiße Eisen“ Post – eingebracht vom GLB – Thema in der Wiener Arbeiterkammer.

Im April 2004 verlangte die Wiener GLB-Arbeiterkammerätin Beatrix Todter die Prüfung der geplanten EU-konformen Hausbriefkästen, die Mehrheit lehnte dies ab. Zu Unrecht, wie sich durch einen Verfassungsgerichtshofentscheid im Mai 2005 herausstellte. Weiters verlangte der GLB Verhandlungen mit der Post um die Schließung von Wiener Postämtern zu verhindern. Die Mehrheit lehnte dies ebenfalls ab.

Im November 2005 forderte der GLB in der Wiener AK die Erhaltung der Post im öffentlichen Eigentum in Hinblick auf den geplanten Börsegang und bekräftigte dies neuerlich im Mai 2006, als der GLB-Antrag sogar mehrheitlich Zustimmung fand. Ebenfalls angenommen wurden die GLB-Anträge gegen die geplante Personalagentur bei Post und Telekom im Mai 2008 sowie für mehr Personal für die Post AG im November 2008.

Ein Schutzschirm für die Post

Robert Hobek, PVA-Vorsitzender am Postamt 1230 Wien und GLB-Spitzenkandidat bei den Wiener AK-Wahlen, fordert einen „Schutzschirm für die öffentliche Infrastruktur“ sowie Widerstand gegen deren Zerschlagung der Post.

Während über Banken, die in den vergangenen Jahren Milliarden Gewinne gemacht haben, nun ein milliardenschwerer „Schutzschirm“ auf Kosten der SteuerzahlerInnen aufgespannt wird, lässt der für das Filialnetz der Post AG zuständige Vorstandsdirektor Götz laut „Standard“ offenbar die KundInnen der Post ebenso im Regen stehen wie die Beschäftigten in Ungewissheit über

ihre Zukunft:

„Offenbar soll die Post und Bahn weiter für die endgültige Zerschlagung und Privatisierung vorbereitet werden, bei der Post AG droht nun mit einer weiteren Schließungswelle von Postämtern“, vermutet Hobek.

Wenn Infrastrukturministerin Doris Bures (SPÖ) im „Format“ meint, „es kann kein System geben, in dem Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden“, sollte sie sich das auch für ihren eigenen Bereich zu Herzen nehmen. Damit dies gar nicht passieren kann, fordert der GLB ein sofortiges Ende aller Bestrebungen der ÖIAG, die Privatisierung von Post und Bahn weiter voranzutreiben.

• „Stattdessen erwarten wir uns einen Schutzschirm für die öffentliche Infrastruktur. Und den verfassungsrechtlichen Schutz öffentlichen Eigentums. Wir lehnen jedes weitere Zusperrn von Postämtern entschieden ab“, so Hobek, der sich entsprechenden Widerstand seitens der Arbeiterkammer und Gewerkschaften erwartet.



Der GLB bei einer Protestkundgebung gegen die Privatisierung der Post per Börsegang im Jahre 2006.

Die Arbeit

Nummer 2a, April 2009
Österreichische Post AG/Sponsoring-Post, GZ 02Z031433
M, Aufgabepostamt 1110 Wien, Benachrichtigungspostamt 1110 Wien
Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB), Hugogasse 8, 1110 Wien; Mail office@glb.at, Web www.glb.at

GLB aktiv gegen die Zerschlagung der Post!